

"Die große
Repression"

Subkorp - Sonderband
Berlin 2017

Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus

Nancy Fraser

Die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten fügt sich nahtlos in eine Folge politischer Erdbeben, die das Ende der Hegemonie des Neoliberalismus ankündigt. Zu ihr gehören unter anderem der Brexit, die Kampagne des Demokraten Bernie Sanders um die Präsidentschaftskandidatur seiner Partei, die Ablehnung der Renzi-Reformen in Italien sowie die wachsende Zustimmung zum Front National in Frankreich. Auch wenn die zugrunde liegenden Ideologien und Ziele jeweils andere sind, signalisieren all diese Aufstände der Wähler dasselbe: die Ablehnung der konzerngetriebenen Globalisierung und des Neoliberalismus sowie der politischen Eliten, die sie betreiben. In allen genannten Fällen haben die Wähler vernehmlich »Nein!« gesagt zum Giftcocktail aus Sparpolitik, Freihandel, Schuldknechtschaft und schlecht bezahlten prekarierten Arbeitsplätzen, den der herrschende finanzmarktgetriebene Kapitalismus vor allem anderen serviert. Ihr Wahlverhalten ist subjektive politische Gegenwehr gegen die objektive Strukturkrise desselben, die sich bereits in der »allmählichen Gewalt«¹ des Klimawandels und dem weltweiten Abbau sozialer Netze manifestierte und mit der Beinahe-Kernschmelze der globalen Finanzmärkte 2007/2008 vollends zum Ausbruch gekommen ist.

Bis vor kurzer Zeit löste diese Krise vor allem *soziale* Proteste aus – ebenso heftige wie vitale, aber zumeist

kurzlebige Proteste. Die *politischen* Systeme dagegen erschienen relativ immun und lagen, zumindest in den Kernstaaten des Kapitalismus – den USA, Großbritannien und Deutschland – nach wie vor fest in der Hand von Parteifunktionären und etablierten Eliten. Inzwischen jedoch breiten sich die elektoralen Schockwellen über die ganze Welt aus und schlagen sogar bis an die Zitadellen der Finanzwelt. Jene Wähler, die für den Brexit, für Trump oder gegen Renzi's Reformen stimmten, lehnten sich gegen ihre politischen Herren auf. Sie stießen die etablierten Parteien vor den Kopf und wiesen damit die Absprachen zurück, die ihre Lebensverhältnisse in den vergangenen dreißig Jahren ausgehöhlt haben. Überraschend ist daher weniger, dass sie sich auflehnten, sondern dass sie so lange damit gewartet haben.

Dennoch steht Trumps Sieg nicht nur für einen Aufstand gegen den globalen Finanzkapitalismus. Seine Wähler wandten sich nicht gegen den Neoliberalismus im Allgemeinen, sondern gegen den *progressiven* Neoliberalismus. Der Ausdruck mag in manchen Ohren wie ein Oxymoron klingen, doch steht er für eine zwar perverse, aber durchaus reale politische Richtung, die den Schlüssel zum Verständnis des Wahlergebnisses in den USA sowie einiger Entwicklungen anderswo liefert. Die US-amerikanische Form des progressiven Neoliberalismus beruht auf dem Bündnis »neuer sozialer Bewegungen« (Feminismus, Antirassismus, Multikulturalismus und LGBTQ) mit Vertretern hoch technisierter, »symbolischer« und dienstleistungsbasierter Wirtschaftssektoren (Wall Street, Silicon Valley, Medien- und Kulturindustrie etc.). In dieser Allianz verbinden sich echte progressive Kräfte mit einer »wissensbasierten Wirtschaft« und ins-

besondere dem Finanzwesen. Wenn auch unbeabsichtigt leihen sie Letzteren dabei ihren Charme und ihr Charisma. Seither bemähteln – prinzipiell für sehr unterschiedliche Ziele einsetzbare – Ideale wie Diversität und Empowerment neoliberale Politiken, die zu einer Verheerung der alten Industrien mitsamt den Mittelklasse-Lebenswelten der in ihnen Beschäftigten geführt haben.

Nachdem sich dieser progressive Neoliberalismus vor etwa dreißig Jahren in den USA zu entwickeln begonnen hatte, wurde er mit der Wahl Bill Clintons 1992 gleichsam ratifiziert. Clinton war Cheffideologe und Galionsfigur der »New Democrats«, des US-Vorläufers von Tony Blairs »New Labour«. An die Stelle der »New Deal«-Koalition aus gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, Afroamerikanern und Angehörigen der urbanen Mittelklassen ließ er eine neue Allianz aus Unternehmern, Bewohnern der Vorstädte, Angehörigen der Neuen Sozialen Bewegungen sowie Studenten treten, deren Progressivität durch ihr Eintreten für Diversität, Multikulturalismus und Frauenrechte beglaubigt wurde. Doch selbst als bekennender Unterstützer solch progressiver Ideale warb Bill Clinton um die Wall Street. Seine Administration lieferte die amerikanische Wirtschaft an Goldman Sachs aus, deregulierte das Finanzwesen und schloss Freihandelsabkommen ab, die den Niedergang der alten Industrien beschleunigten. Unter die Räder kamen dabei unter anderem die Regionen des »Rust Belt« – einst Hochburgen der New-Deal-Sozialdemokratie, heute die Bundesstaaten, die ihre Wahlmänner für Donald Trump stimmen ließen. Abgesehen von den neuen Industriezentren im Süden hatte der »Rust Belt« am meisten unter der Entfesselung der Finanzmärkte in den beiden vergangenen Jahrzehnten

ten zu leiden. Die Politik Clintons, von seinen Nachfolgern einschließlich Barack Obamas fortgeführt, bewirkte eine Verschlechterung der Lebensverhältnisse *aller* Arbeitnehmer, besonders aber der Beschäftigten in der industriellen Produktion. Kurz: Der Clintonismus ist in hohem Maße mitverantwortlich für die Schwächung der Gewerkschaften, den Niedergang der Reallöhne, die Prekarisierung von Arbeit und den Rückgang ausreichender Alleinverdiener-Einkommen (*family wages*) zugunsten der »Zwei-Verdiener-Familie«.

Wie sich gerade an deren Beispiel zeigt, wurde der Angriff auf die sozialen Sicherungssysteme mit einer von den sozialen Bewegungen geborgten emanzipatorischen Fassade verbrämt. Die heutige Realität des als Meilenstein des Feminismus präsentierten Ideals der Zwei-Verdiener-Familie besteht aus schrumpfenden Löhnen, hoher Arbeitsplatzunsicherheit, sinkenden Lebensstandards, dem steilen Anstieg der für den Lebensunterhalt nötigen Arbeitszeit pro Haushalt, dem Umsichgreifen von Doppelschichten (oder Drei- und Vierfachschaften), einer Zunahme der Zahl der von Frauen geführten Haushalte und der Bestrebungen, die Erziehungs- und Familienarbeit auf andere abzuwälzen – insbesondere auf arme, farbige Migrantinnen. In den Jahren, in denen die alte Industrie auf den Hund kam, debattierte man in der Öffentlichkeit der USA vor allem über »Diversität«, »Gleichberechtigung« und den »Kampf gegen Diskriminierungen«. Diese Schlagworte verstehen unter »Fortschritt« nicht mehr die Zunahme von Gleichheit, sondern den Aufbau einer meritokratischen Leistungsgesellschaft. Sie setzen Emanzipation mit dem gesellschaftlichen Aufstieg der »Begabten« unter den Frauen, Minderheiten und Homosexuel-

len gleich und wollen die *The-winner-takes-all*-Hierarchie nicht mehr abschaffen, sondern fördern. Dieses liberal-individualistische Fortschrittsverständnis ersetzte nach und nach den weiter gefassten, antihierarchisch-egalitären, klassenbewussten, antikapitalistischen Emanzipationsbegriff der sechziger und siebziger Jahre. Mit der »Neuen Linken« jener Epoche verblasste auch deren strukturelle Kapitalismuskritik; das überkommene landestypische liberal-individualistische Denken kam wieder zu sich und trug die Hoffnungen der »Progressiven« und Linken allmählich ab. Endgültig besiegelt wurde der Deal durch den Aufstieg des Neoliberalismus. Die Interessengruppen, die die Entfesselung der kapitalistischen Wirtschaft betriebten, fanden ihren Wunschpartner in einem meritokratischen Aufsteigerinnen-Feminismus, der den weiblichen »Willen zum Erfolg« und den »Sturm auf die Führungsetagen« propagierte.

Voraussetzung für all das war eine epochale Transformation des Kapitalismus, die in den siebziger Jahren begann und ihn heute aus allen Fugen treten lässt. Die strukturellen Aspekte dieser Transformation sind gut erklärt: Während der vom Staat eingeschränkte Kapitalismus den Regierungen zuvor erlaubt hatte, die kurzfristigen Profitinteressen der Privatwirtschaft langfristigen Zielen nachhaltigen Wachstums unterzuordnen, versetzt der entfesselte Kapitalismus das globale Finanzwesen nunmehr in die Lage, Regierungen und Völker beliebig an die Kette privater Investoreninteressen zu legen. Der politische Aspekt jedoch wird zumeist weniger klar gesehen. Er lässt sich unter Verweis auf Karl Polanyi so beschreiben: Der staatlich gezügelte Kapitalismus verband Massenproduktion und Massenkonsum mit sozialstaatlicher Für-

sorge und verknüpfte damit zwei Projekte, die für Polanyi noch Gegensätze waren: Kommerzialisierung und soziale Sicherung. Dies geschah allerdings zulasten eines dritten, von Polanyi außer Acht gelassenen Projekts: der Emanzipation – denn das gesamte Denkgebäude setzte die Fortführung der (neo)imperialen Ausbeutung des Globalen Südens, die Institutionalisierung weiblicher Abhängigkeit via »Familieneinkommen« und die rassistisch motivierte Exklusion der Beschäftigten in Landwirtschaft und Haushalt aus den sozialen Sicherungssystemen notwendig voraus. Die ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen begannen in den sechziger Jahren, gegen diesen Deal mobilzumachen, weil sie begriffen, dass sie den Preis für relative Sicherheit und Wohlstand anderer zahlten. Unglücklicherweise gerieten ihre Proteste im Lauf der folgenden Dekaden in eine andere, sich parallel entfaltende Front. Hier kämpften die aufstrebenden Befürworter der Deregulierung und der Globalisierung einer marktradikalen Ökonomie gegen die ermattenden Arbeiterbewegungen der kapitalistischen Kernländer, die einst die Grundlage der Sozialdemokratie gebildet hatten, nun aber auf dem absteigenden Ast, wenn nicht bereits am Boden waren. In diesem Kontext entstand eine Gegnerschaft zwischen den Neuen Sozialen Bewegungen, die auf den Umsturz der alten Hierarchien in den Bereichen Gender, »Rasse«/Ethnie und Geschlecht abzielten, und jenen Bevölkerungsgruppen, die ihre vom Kosmopolitismus der neuen Finanzmarktökonomie bedrohten überkommenen Lebensverhältnisse und Vorrechte verteidigen wollten. Der Zusammenprall beider Fronten brachte eine neue Konstellation hervor: *Die Vertreter der Emanzipationsbewegungen verbündeten sich mit den Partisanen des Finanz-*

kapitalismus zum Angriff auf die sozialen Sicherungssysteme. Das Ergebnis ihres Team-ups war: der progressive Neoliberalismus.

In ihm vereinen sich eingeschränkte Emanzipationsideale und menschenfressender Finanzkapitalismus – genau diese Kombination ist es, die Trumps Wähler *in toto* zurückgewiesen haben. Zu ihnen, den Verlierern der schönen neuen kosmopolitischen Welt, gehören neben Industriearbeitern auch Angestellte, kleine Selbstständige sowie alle, die von der alten Industrie im »Rust Belt« und im Süden abhängig waren, und die von Arbeitslosigkeit und Drogenmissbrauch geplagte Landbevölkerung. Aus Sicht dieser Bevölkerungsgruppen tritt neben die Katastrophe der Deindustrialisierung nun noch die Zumindeutung eines progressiven Moralismus, der sie pauschal als kulturell zurückgeblieben abtut. Indem sie die Globalisierung ablehnten, wiesen Trumps Wähler also zugleich den mit ihr assoziierten liberalen Kosmopolitismus zurück. Für einige seiner Wähler (aber nicht alle) war freilich kein großes Umdenken nötig, um die Schuld an der Verschlechterung ihrer Lebensumstände bei den Verfechtern der Political Correctness, bei Farbigen, Immigranten und Muslimen zu suchen. Aus ihrer Sicht sind Feminismus und Wall Street zwei Seiten derselben Medaille – perfekt vereint in Hillary Clinton.

Dass diese beiden Parteien überhaupt zusammenfanden, war nur durch die Abwesenheit einer echten Linken möglich. Zwar hat es immer wieder Proteste gegeben, die sich jedoch wie Occupy Wall Street als kurzlebig erwiesen – eine nachhaltige linke Präsenz fehlt in den USA seit Jahrzehnten. Und damit eben auch ein umfassendes linkes Narrativ, das die *legitimen* Klagen der Trump-

Wähler mit einer Fundamentalkritik der finanzmarktgetriebenen Wirtschaft einerseits und einem antirassistischen, antixenitischen und antihierarchischen Emanzipationsverständnis andererseits hätte verschmelzen können. Eben-so verheerend war, dass man mögliche Anknüpfungspunkte zwischen Arbeiter- und Neuen Sozialen Bewegungen unbeachtet ließ. So blieben die beiden unverzichtbaren Pole einer lebensfähigen Linken meilenweit voneinander entfernt und warteten nur darauf, einander als Antithesen gegenebgestellt zu werden.

Zumindest bis zu Bernie Sanders' bemerkenswerter Vorwahlkampagne, in der er sich nicht zuletzt auf Drängen von Black Lives Matter um eine Vereinigung der beiden Pole bemühte. Sanders kündigte die herrschende neoliberale Übereinkunft auf und prangerte die »rigged economy« an, die manipulierte Wirtschaft, die Wohlstand und Einkommen in den vergangenen dreißig Jahren im großen Maßstab von unten nach oben umverteilt hat. Auch gegen das »manipulierte politische System« wandte er sich, das die Privatwirtschaft dabei unterstützte und schützte. Demokraten wie Republikaner hatten jeden ernsthaften Vorschlag struktureller Reformen erstickt und die Öffentlichkeit über Jahrzehnte mit anderen Debatten beschäftigt, die jeden Sauerstoff aufsogen. Indem er das Banner des »demokratischen Sozialismus« schwenkte, rief Sanders Regungen wach, die seit Occupy Wall Street geschlafen hatten, und schuf daraus eine kraftvolle politische Bewegung.

Er war für die Demokraten, was Trump für die Republikaner war. Als dieser das republikanische Establishment entthronte, war Bernie nur um Haaresbreite vom Sieg über Obamas designierte Nachfolgerin entfernt, de-

ren Apparatschiks sämtliche Machthebel innerhalb der Demokratischen Partei kontrollierten. Zusammengekommen begeisterten Sanders und Trump eine gewaltige Mehrheit der amerikanischen Wähler. Durchgesetzt jedoch hat sich am Ende der Populismus Marke Trump. Während er seine republikanischen Rivalen – auch die vom großen Geld und den Parteibossen unterstützten – mit Leichtigkeit aus dem Feld schlug, wurde Sanders von einer wenig demokratischen Demokratischen Partei gestoppt. Zum Wahltermin war die linke Alternative vom Tisch.

Was übrig blieb, war die Wahl zwischen Pest und Cholera: progressivem Neoliberalismus und reaktionärem Populismus. Hillary Clinton verlegte sich auf kleinliches Moralisieren und baute ihren Wahlkampf allein auf der »Schlechtigkeit« Trumps auf. Natürlich war er eine dankbare Büchse der Pandora, die unerschöpflich Provokation um Provokation ausspie, eine giftiger als die vorige, und lieferte damit einen nicht abreisenden Strom von Ausreden dafür, die wahren, von Sanders benannten Probleme zu ignorieren. Clinton reagierte wie erwartet und schluckte den Köder. Sie stieg auf Trumps Verachtung für Muslime und seine Übergriffe gegen Frauen ein und glaubte, die Sanders-Wähler sicher in der Tasche zu haben – und ließ dabei die diesen wichtigen Themen fallen: die »manipulierte Wirtschaft«, die Notwendigkeit einer »politischen Revolution«, die sozialen Kosten neoliberaler »freier Märkte« und Finanzexzesse und die extreme Ungleichverteilung dieser Kosten. Auch maß sie Trumps abweichenden Ansichten zur Außenpolitik – seiner Ablehnung durch Geheimdienste beförderter Machtwechsel im Ausland (*regime changes*) und seinen Zweifeln an der

Zukunft der Nato und der Bedrohung durch Russland – keinerlei Bedeutung bei. Überzeugt, dass eine Kandidatin ihrer Qualifikation unmöglich gegen einen ebenso ungebürgigen wie schlecht vorbereiteten Donald Trump verlieren könne, glaubte Clinton, nicht mehr tun zu müssen, als die moralische Empörung am Kochen zu halten und den Wahltag abzuwarten. Ihre Adjutanten suchten derweil Sanders' Unterstützern mit der üblichen Panikmache einzuheizen: Um die »faschistische« Gefahr abzuwenden, müssten sie jede Kritik an der Kandidatin zurückstellen und sich pflichtschuldigst auf die Seite des kleineren Übels schlagen.

Diese Strategie hat sich als desaströs erwiesen – und nicht nur, weil Clinton die Wahl verlor. Indem sie es veräumte, die Verhältnisse zu thematisieren, denen Trump seine Zustimmung verdankt, schrieb sie dessen Unterstützer und ihre Sorgen schlichtweg ab. Infolgedessen verstärkte sich der Eindruck, die Progressiven seien Verbündete des globalen Finanzwesens – nicht zuletzt durch die Enthüllung ihrer hochbezahlten Reden vor Vertretern von Goldman Sachs. Statt eines von widerwilligen Unterstützern erhofften »Linksschwenks« arbeitete Clinton lediglich den Kontrast zwischen zwei gleichermaßen unwählbaren Alternativen heraus: dem progressivem Neoliberalismus und einem reaktionärem Populismus.

Die »Politik des kleineren Übels« ist alles andere als eine neue Erfindung. Die amerikanische Linke holt sie seit Jahrzehnten alle vier Jahre wieder aus der Mottenkiste: aus Angst vor einem Bush oder Trump leihe man liberalen Ansichten seine Zunge und decke den Mantel des Schweigens über die eigenen Ziele. Während sie uns angeblich vor »dem Schlimmsten bewahren« soll, macht die-

se Strategie in Wahrheit den Boden fruchtbar, aus dem immer neue und gefährlichere Schreckensgestalten sprießen, die dann neuerlich Panikmache rechtfertigen – und immer so weiter. Ein Teufelskreis. Hat irgendetjemand ernsthaft geglaubt, dass man unter einer Präsidentschaft Clintons gegen die Wall Street und das Eine Prozent vorgegangen wäre? Dass sie den populistischen Aufruhr besänftigt – und nicht etwa erst recht angefacht hätte? Tatsächlich ist der Zorn, den viele Trump-Wähler empfinden, einigermaßen legitim, auch wenn er derzeit zu erheblichen Teilen auf Immigranten und andere Sündenböcke fehlgeleitet ist. Die richtige Reaktion bestünde nicht in moralischen Vorwürfen, sondern in einer politischen Prüfung ihrer Situation bei gleichzeitigem Umlenken ihres Zorns auf das systembedingte Raubrittertum des Finanzkapitals.

Das ist auch meine Antwort auf den in jüngster Zeit gemachten Vorschlag, wir sollten uns nunmehr, um dem Faschismus zu wehren, den Neoliberalen anschließen. Problematisch daran ist nicht nur, dass reaktionärer Populismus (noch) kein Faschismus ist. Sondern auch, dass Liberalismus und Faschismus analytisch gesehen keineswegs grundverschiedene Dinge sind, eines gut, das andere böse, sondern zwei Gesichter derselben Weltordnung. Wenn auch in normativer Hinsicht keineswegs äquivalent, sind sie doch beide Produkte eines unregulierten Kapitalismus, der allerorten Lebenswelten und –räume destabilisiert und sowohl individuelle Befreiung als auch entsetzliches Leid hinter sich her zieht. Der Liberalismus steht für die betrieblende Seite dieses Prozesses und bemäntelt den mit den ökonomischen Verheerungen verbundenen Zorn und Schmerz. Lässt man diese Regungen aus Mantel an Alternativen vor sich hin schwären, werden sie

zum Treibstoff für Autoritarismen jeglicher Art: solcher, die die Bezeichnung Faschismus noch nicht verdienen, und solcher, die das tatsächlich tun. Anders gesagt: In Abwesenheit einer echten Linken bringt der Mahlstrom kapitalistischer »Entwicklung« lediglich liberale Kräfte und autoritaristische Gegenkräfte hervor, die zu einer perversen Symbiose zusammenfließen. Und deshalb ist der (Neo-)Liberalismus unter keinen Umständen ein Gegengift gegen den Faschismus – sondern dessen Komplize. Der wahre Abwehrzauber gegen den – ganz gleich, ob Proto-, Quasi- oder echten – Faschismus ist ein linkes Projekt, das Schmerz und Zorn der Entnetzten auf eine tiefgreifende gesellschaftliche Umstrukturierung und eine demokratische »Revolution« der Politik lenkt. Bis vor kurzer Zeit erschien ein solches Projekt kaum vorstellbar, so erstickend war die Hegemonie des neoliberalen Konsenses. Doch dank Sanders, Corbyn, Syriza, Podemos und anderen hat sich – bei allen Fehlern, die sie gemacht haben mögen – die Palette unserer Möglichkeiten wieder erweitert.

Entsprechend gilt von nun an: *Die Linke muss sich der scheinbaren Alternative progressiver Neoliberalismus oder reaktionärer Populismus verweigern.* Anstatt die uns von den politischen Klassen vorgegebenen Bedingungen blind zu übernehmen, sollten wir sie neu zu definieren versuchen, indem wir auf das breite und wachsende Reservoir an sozialem Widerstand gegen die herrschende Ordnung zurückgreifen. Anstatt uns einer Seite anzuschließen, die den mit Emanzipationsaspekten aufgehübschten finanzmarktgetriebenen Kapitalismus gegen den sozialen Ausgleich stellt, sollten wir ein neues Bündnis der Emanzipationsbewegungen mit den Advokaten des sozialen Ausgleichs schmieden. In diesem auf Sanders' Kampagne

aufbauenden Projekt bedeutete Emanzipation nicht mehr Aufweichung der Hierarchien in der Wirtschaft, sondern Abschaffung derselben. Und Erfolg hieße nicht mehr Steigerung der Unternehmensprofite bzw. Aktienkurse, sondern: Schaffung der materiellen Voraussetzungen hoher Lebensqualität für alle. Diese Kombination ist in der gegenwärtigen Situation die einzige prinzipielle und aussichtsreiche politische Alternative.

Ich zumindest weine dem progressiven Neoliberalismus keine Träne nach. Zweifellos steht von einer rassischen, einwanderungsfeindlichen und antiökologischen Trump-Administration einiges zu befürchten. Dennoch sollten wir weder den Zusammenbruch der neoliberalen Hegemonie noch die Zerschmetterung von Clintons erstem Zugriff auf die Demokratische Partei bedauern. Trumps Sieg markiert die Niederlage der unheiligen Allianz von Finanzkapitalismus und Emanzipation. Doch seine Präsidentschaft eröffnet keinerlei Lösungen für die gegenwärtige Krise, sie verspricht weder eine neue Ordnung noch eine verlässliche Hegemonie. Wir stehen vielmehr vor einem Interregnum, einer ebenso zukunftsoffenen wie instabilen Situation, in der die Herzen und Köpfe der meisten Amerikaner erobert werden können. Darin liegt nicht nur eine Gefahr, sondern eben auch eine Chance: die Chance, eine neue »Neue Linke« zu begründen.

Ob es tatsächlich dazu kommt, wird auch davon abhängen, ob sich jene Progressiven, die sich Clintons Kampagne angeschlossen haben, einer ernsthaften Gewissenüberprüfung unterziehen. Sie werden den bequemeren, aber untauglichen Mythos fallenlassen müssen, dass diejenigen, gegen die sie die Wahl verloren haben, Menschen aus dem »basket of deplorables«, dem »Sammelbecken

der Erbärmlichen«, seien (Rassisten, Sexisten, Islamophobe, Homophobe und so weiter), denen Wladimir Putin und das FBI zur Seite stünden.² Sie werden ihren Anteil an der Schuld daran akzeptieren müssen, dass die Sache des sozialen Ausgleichs, des materiellen Wohlstands und der Würde der Arbeiterklasse für ein falsches Emanzipationsverständnis unter den Vorzeichen der Leistung, der Diversität und des Empowerment geopfert wurde. Sie werden gründlich darüber nachdenken müssen, wie wir die politische Ökonomie des Finanzkapitalismus transformieren, Sanders' Losung vom »demokratischen Sozialismus« wieder mit Leben und einem ins 21. Jahrhundert passenden Sinn erfüllen können. Vor allem aber werden sie jener Mehrheit der Trump-Wähler die Hand reichen müssen, die weder Rassisten noch in der Wolle gefärbte Rechte sind, sondern Opfer des »manipulierten Systems«, die für das antineoliberale Projekt einer verjüngten Linken rekrutiert werden können und müssen.

Das heißt *nicht*, dass wir unsere Bedenken wegen ihres Rassismus und Sexismus unterdrücken sollten. Es heißt aber sehr wohl, dass wir aufzeigen müssen, wie genau diese überkommenen Spielarten der Unterdrückung im finanzmarktdominierten Kapitalismus der Gegenwart neue Ausdrucksformen und Grundlagen finden. Um das falsche Nullsummen-Denken zu widerlegen, das im Wahlkampf dominierte, sollten wir die Nöte von Frauen und Farbigen mit denen der Mehrzahl Trump-Wähler vereinen. Auf diese Weise könnte eine revitalisierte Linke das Fundament für eine machtvolle neue Koalition im Kampf um Gerechtigkeit für alle bilden.

Aus dem Englischen von Frank Jakubzik

Anmerkungen

- 1 Anspielung auf Rob Nixon, *Slow Violence and the Environmentalism of the Poor*, Cambridge (Mass.): Harvard University Press 2013 (Anmerkung des Übersetzers).
- 2 Als solche klassifizierte Hillary Clinton die Anhänger Trumps in einer Wahlkampfrede; vgl. N. N., »Clinton geht Trump-Unterstützer hart an«, in: *Spiegel Online* (10. September 2016); online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/usa-hillary-clinton-geht-unterstuetzer-von-donald-trump-hart-an-a-1111773.html> (Stand: Januar 2017) (Anm. des Übers.).